

## V3 Neue Sicherheit in unsicheren Zeiten – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern Vernunft, Pragmatismus und Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen.

Gremium: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 01.11.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

### Antragstext

1 Migrationspolitik wird seit Jahren zum Austragungsort gesellschaftlicher  
2 Grundkonflikte erklärt. Durch den ständigen Fokus auf Probleme und Krisen  
3 erleben migrantische Personen zunehmend Einschränkungen ihrer Grundrechte und  
4 sind verstärkt Rassismus ausgesetzt.

5 Gesamtgesellschaftlich erleben wir einen tiefgreifenden Wandel, in dem bewährte  
6 Sicherheiten verloren gehen und die Folgekosten zunehmend sichtbar werden. In  
7 diesem Kontext erscheint eine Isolationspolitik manchen als vermeintliche  
8 Lösung, um Stabilität zu bewahren und Herausforderungen im Inneren besser  
9 kontrollieren zu können.

10 Eine Politik der Abschottung bedeutet eine enorme Belastung aller Menschen in  
11 Deutschland. Die Bewegung von Menschen und Gütern gehört zu den wesentlichen  
12 Dynamiken unserer globalisierten Zeit. Aus ökonomischer Sicht würde ein Verzicht  
13 auf Zuwanderung zu erheblichen Wachstumseinbußen und Versorgungsengpässen  
14 führen. In sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht stehen wir vor einem  
15 wachsenden Konkurrenzdruck, in dem ökonomisch schwächere Gruppen das Nachsehen  
16 haben. Dies verstärkt rassistische Strukturen und führt zu einem Erstarken  
17 völkischen Denkens, das als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird.

18 Unsere Aufgabe ist es, die Stärke Europas zu bewahren: eine Gesellschaft, die  
19 auf Gleichberechtigung, Respekt und eine konstruktive Fehlerkultur setzt. Wir  
20 bekräftigen daher die Notwendigkeit effektiver Sicherheitsmaßnahmen gegen  
21 Terror, die sachkundig geplant, verantwortungsvoll umgesetzt und regelmäßig  
22 überprüft werden. Bei schweren Straftäter\*innen oder Extremist\*innen, unabhängig  
23 von ihrer Herkunft, muss der Rechtsstaat alle rechtsstaatlichen Mittel  
24 ausschöpfen und sicherstellen, dass von diesen Personen keine Gefahr mehr  
25 ausgeht. Extremistische Anschläge wie in Solingen dürfen nicht wieder geschehen.

26 Wir stehen für den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie und unseres  
27 Rechtsstaates. Daher ist es für uns inakzeptabel, dass im Namen der  
28 Terrorbekämpfung geltendes Recht missachtet und Grund- und Menschenrechte  
29 verletzt oder bedroht werden.

30 Die BÜNDNISGRÜNE Verantwortung muss sich in einer umfassenden Antwort auf  
31 demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen zeigen und nicht im Mitmachen  
32 bei der politischen Umsetzung einer in den Populismus abgeglittenen Debatte. Als  
33 Einwanderungsland muss Deutschland die Herausforderungen und Potenziale der  
34 Migrationspolitik anerkennen und die Gleichberechtigung der migrantischen  
35 Bevölkerung als grundlegende Aufgabe begreifen und besonnen angehen.

36 Dafür setzen wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen auf drei zentrale  
37 Handlungsebenen:

38 1. Wandel in der sächsischen Migrationspolitik: Wir streben eine  
39 landesspezifische, integrations- und inklusionsorientierte

40 Migrationspolitik an, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und  
41 Ressourcen für eine gelingende inklusive Integration bereitstellt.

42 2. funktionierende und menschenrechtskonforme Migrations- und Asylpolitik der  
43 Europäischen Union: Wir setzen auf ein gemeinsames Vorgehen in der  
44 Europäischen Union, das Menschenrechte wahrt, Herausforderungen gemeinsam  
45 meistert, Sicherheit schafft und Menschen schützt.

46 3. Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene: Wir setzen  
47 uns dafür ein, dass die Asylpolitik menschenrechtsbasiert und pragmatisch  
48 gestaltet wird. Es gilt, verantwortungsvolle Maßnahmen klar von  
49 unverhältnismäßigen oder grundrechtsgefährdenden Ansätzen zu  
50 unterscheiden.

51 1. Wir fordern Maßnahmen für einen Wandel in der sächsischen Migrationspolitik

52 Sachsen braucht Zuwanderung und gelingende Integration. Die Herausforderungen,  
53 vor denen Kommunen bei der Bearbeitung der Integrationsaufgaben stehen, werden  
54 auf keinen Fall bewältigt, wenn politisch lediglich an der Begrenzung von  
55 Zuwanderung gearbeitet wird.

56 Die künftige sächsische Regierung muss in der Migrationspolitik auf Integration  
57 und Zusammenhalt statt auf Abschottung und Abschreckung setzen. Es braucht  
58 Maßnahmen zur schnellen und gelingenden Integration, um Kommunen zu entlasten  
59 und zu stärken.

60 Wir sprechen uns mit Nachdruck für folgende Maßnahmen aus:

61 1. die Verbesserung der Arbeit der Ausländerbehörden durch Abbau von  
62 Bürokratie, personelle Stärkung sowie die Verbesserung der Qualität der  
63 Bearbeitung durch Maßnahmen wie Förderung der Mehrsprachigkeit in  
64 Behörden, Schulungen des Personals sowie Anwendungshinweise zur Nutzung  
65 von Ermessensspielräumen für Integration;

66 2. die Unterstützung von Kommunen bei der Erfüllung von Integrationsaufgaben  
67 sowie bei der Entwicklung langfristiger und stabiler Integrationspläne  
68 durch Expertise und Gelder – Kommunen müssen gut vorbereitet sein, auch  
69 bei schwankenden Zahlen von Asylbewerber\*innen;

70 3. die Verbesserung der Bedingungen für schulische Bildung von Kindern und  
71 Jugendlichen mit Migrationsbiografie und Sprachförderbedarf sowie die  
72 Sicherung von Sprachkursangeboten von Anfang an für alle erwachsenen  
73 Neuzugewanderten;

74 4. die Priorisierung von dezentralem Wohnen und die Stärkung der Kommunen und  
75 des Ehrenamts bei Integrationsmaßnahmen für Menschen, die dezentral  
76 untergebracht sind, sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem  
77 Wohnungsmarkt;

78 5. Maßnahmen zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete, wie  
79 Unterstützung von Menschen, die bereits in Sachsen leben, als Priorität  
80 vor aufwendigen Anwerbungsprogrammen, vereinfachte  
81 Berufsqualifizierungsfeststellung, personelle Stärkung der Stellen zur  
82 Durchführung der Berufsamerkenungsverfahren sowie Unterstützung von

83 Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Einstellung und Integration  
84 Neuzugewanderter;

85 6. die Förderung der aktiven Teilhabe von Migrant\*innen an  
86 Integrationsprozessen durch gezielte Unterstützung von  
87 Migrantenorganisationen und -netzwerken, die als Brückenbauer agieren.  
88 Dies umfasst finanzielle Mittel, strukturelle Förderung und Anerkennung  
89 von Migrantenorganisationen als wichtige Akteure bei der Gestaltung und  
90 Durchführung von Integrationsmaßnahmen.

91 Die künftige sächsische Regierung muss zudem Maßnahmen ergreifen, um  
92 Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, dass Migrant\*innen sicher und  
93 diskriminierungsfrei in Sachsen leben können. In einer Gesellschaft, in der  
94 Rechtsextremismus und Rassismus immer mehr Raum greifen, ist die staatliche  
95 Pflicht zur Sicherung der Menschenrechte für alle besonders dringlich.

96 Wir fordern folgende Maßnahmen zum Schutz von Geflüchteten und anderen  
97 Migrant\*innen:

98 1. die Entwicklung und Umsetzung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes,  
99 das Benachteiligungen gesetzlich verbietet und Einzelne vor  
100 Diskriminierung schützt sowie das gesellschaftliche Klima der Vielfalt  
101 fördert – Sachsen muss zeigen, dass hier alle Menschen gut leben können  
102 und menschenfeindliches Verhalten keinen Raum hat;

103 2. die Einrichtung eines überregionalen Beschwerdeverfahrens bei  
104 Rassismuserfahrungen und Diskriminierungen in Behörden und anderen  
105 Institutionen im Asylverfahren;

106 3. die Unterstützung von Kommunen bei der Bereitstellung von Schutzräumen und  
107 Beratungsangeboten für Angehörige vulnerabler Gruppen, wie Frauen und  
108 queere Geflüchtete;

109 4. den Aufbau und die Unterstützung communitybasierter Antidiskriminierungs-  
110 und Antirassismuserarbeit und Stärkung der Selbstorganisationen;

111 5. die Einrichtung externer Clearingverfahren für besonders vulnerable  
112 Geflüchtete an allen Sächsischen Aufnahmeeinrichtungen;

113 6. die Stärkung der Rechte von Menschen, die sich bereits im Prozess der  
114 Abschiebung befinden: Verbot von Nachtabschiebungen, Verbot von  
115 Familientrennungen, pädagogische/psychologische Begleitung von Kindern  
116 während der Abschiebung;

117 7. die Stärkung der Härtefallkommission (HFK) - der Sächsische Innenminister  
118 muss künftig bei Entscheidungen gegen Beschlüsse der HFK Rücksprache mit  
119 der Kommission halten und seine Entscheidung darlegen.

120 2. Wir setzen uns für eine funktionierende und menschenrechtskonforme  
121 Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union ein

122 Die Migrations- und Asylpolitik der EU muss sowohl pragmatisch als auch  
123 menschenrechtsorientiert sein. Unser gemeinsames Ziel als Europäer\*innen muss es

124 sein, Migration fair, sicher und effektiv zu steuern und dabei unsere  
125 humanitären Werte zu wahren.

126 Wir machen uns stark für folgende stabile Grundpfeiler in der europäischen Asyl-  
127 und Migrationspolitik:

- 128 1. Beratung und Wissenschaft als Grundlage: Ein Expertengremium soll  
129 fundierte Lösungsansätze für die Migrationspolitik entwickeln. Diese  
130 Empfehlungen werden von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments  
131 diskutiert und ermöglichen sachliche, faktenbasierte Entscheidungen.
- 132 2. Kommunale Unterstützung und faire Verteilung: Die Kommunen brauchen  
133 gezielte Entlastung und Unterstützung, um die Integration bewältigen zu  
134 können. Ein fairer Verteilungsmechanismus innerhalb der EU stellt sicher,  
135 dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden.
- 136 3. Sichere Migrationswege und Bekämpfung von Fluchtursachen: Die EU muss  
137 menschenwürdige Partnerschaften mit Drittstaaten aufbauen, um gefährliche  
138 Fluchtrouten zu vermeiden und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Stablere  
139 Herkunftsregionen verringern den Migrationsdruck.
- 140 4. Rechtsstaatlichkeit an den Außengrenzen und Freizügigkeit im Binnenmarkt:  
141 Ein geordnetes Asylsystem mit Unterstützung der Grenzstaaten stärkt die  
142 Rechtsstaatlichkeit und wahrt die Freizügigkeit im Binnenmarkt, ohne auf  
143 innereuropäische Grenzkontrollen angewiesen zu sein.
- 144 5. Verbindliche Aufnahmezusagen: Deutschland kann eine Vorreiterrolle  
145 einnehmen, indem es erhöhte Aufnahmezusagen mit einer konsequenten  
146 Registrierung an den Außengrenzen verbindet und so die Verantwortung fair  
147 verteilt.
- 148 6. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung  
149 grenzüberschreitender Kriminalität: Die EU soll gezielt Maßnahmen zur  
150 Bekämpfung internationaler Kriminalität wie Menschenhandel, Schmuggel und  
151 organisierte Schleusernetzwerke ergreifen. Dazu gehört eine enge  
152 Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, der Aufbau gemeinsamer  
153 Ermittlungs- und Informationszentren sowie die Unterstützung beim Aufbau  
154 rechtsstaatlicher Strukturen vor Ort.

### 155 3. Wir fordern den Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene

156 Die gesellschaftliche Debatte rund um das Thema Asyl wird bundesweit mit großer  
157 Vehemenz geführt. Nicht selten gleitet sie in populistische Parolen und  
158 rassistische Stimmungsmache ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren diese  
159 Debattenentwicklung entschieden. Wir erkennen an, dass Herausforderungen bei der  
160 Umsetzung von Integrationsaufgaben vor Ort und Angst vor islamistischem Terror  
161 den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Wir sprechen uns entschieden  
162 dagegen aus, dass als Konsequenz aus der aktuellen Verunsicherung  
163 bundespolitisch im Bereich Asylpolitik mit dem Abbau von Grundrechten von  
164 Asylsuchenden und der Aushöhlung des Asylrechts geantwortet wird. Mit Sorge  
165 beobachten wir im Schnellverfahren durchgesetzte Asylrechtsverschärfungen auf  
166 Bundesebene.

167 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren wir mit Nachdruck die im  
168 sogenannten Sicherheitspaket beschlossenen Asylrechtsverschärfungen,  
169 insbesondere den Leistungsausschluss für Schutzsuchende, bei denen die Ausreise  
170 in einen nach Dublin-Verfahren zuständigen Drittstaat rechtlich und faktisch als  
171 möglich eingeschätzt wird.

172 Der vollständige Entzug von Sozialleistungen setzt Menschen auf die Straße, die  
173 in der Regel an ihrer Ausreise gar nicht selbst mitwirken können, da die  
174 Überstellung staatlich organisiert wird. Der Entzug existenzsichernder  
175 Leistungen umfasst auch das Entziehen medizinischer Unterstützung, was  
176 lebensgefährlich werden kann. Die geplante Maßnahme ist ein Dammbbruch in der  
177 Entrechtung und Gefährdung von Geflüchteten. Dass unter dem Druck des  
178 Bundeskanzlers, des Innenministeriums und unter grüner Regierungsbeteiligung  
179 derartige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, ist für uns nicht hinnehmbar.  
180 Durch die asylrechtlichen Maßnahmen im sogenannten Sicherheitspaket wird  
181 Deutschland nicht sicherer, sondern unsicherer. Denn es steht zu befürchten,  
182 dass der Leistungsentzug Menschen in existenziell bedrohliche Notlagen versetzt.  
183 Zudem kann die Deklaration derartiger Maßnahmen als Sicherheitsmaßnahme  
184 rechtspopulistische Narrative, die migrantische Personen unter Generalverdacht  
185 stellen, stützen und somit Rassismus verstärken. Wir lehnen eine Politik, die  
186 Menschen entrechtet und rassistische Narrative stärkt, entschieden ab.

187 Wir stärken unserer Bundestagsfraktion hiermit den Rücken, damit sie zukünftig  
188 auf den Schutz von Menschenrechten beharrt. Wir sind Antrieb und Rückendeckung  
189 für alle, die Asylpolitik vorantreiben, die pragmatisch ist, die den Schutz von  
190 Menschenrechten zentral stellt und dies als Stabilisierung unserer Gesellschaft  
191 begreift.

192 Pragmatische, menschenrechtsbasierte und stabilisierende Asylpolitik muss  
193 Realitäten anerkennen. Das bedeutet zum einen, dass besonnen und mit guten  
194 Lösungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse und eine sachliche Darlegung der  
195 Probleme in den Kommunen reagiert werden muss. Es muss zudem wieder anerkannt  
196 werden, dass das Asylrecht sowie der Schutz von Grund- und Menschenrechten  
197 geltende Rechte sind und ihre konsequente Umsetzung einen Schutz und eine Stärke  
198 unseres Rechtsstaates darstellen.

199 Als BÜNDNISGRÜNE in Sachsen fordern wir deshalb von der Bundesregierung:

200 1. die Wahrung des individuellen Rechts auf Asyl: Insbesondere die geplante  
201 Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten birgt die Gefahr, dass  
202 individuelle Asylanträge beeinträchtigt werden und Flüchtlingsrechte  
203 missachtet werden. Das individuelle Recht auf Asyl muss gewahrt werden und  
204 darf weder in der Praxis noch per Beschluss eingeschränkt werden. Auch  
205 Zurückweisungen an deutschen Grenzen sind ein klarer Rechtsbruch und  
206 müssen verhindert werden;

207 2. die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention: Die Genfer  
208 Flüchtlingskonvention trat 1954 als Lehre aus dem unsolidarischen  
209 Verhalten vieler Staaten gegenüber jüdischen Flüchtlingen während des  
210 Nationalsozialismus in Kraft. Es darf nicht passieren, dass ausgerechnet  
211 Deutschland mit seiner besonderen internationalen Verantwortung gegen die  
212 Genfer Flüchtlingskonvention verstößt. Wir erwarten, dass die Genfer  
213 Flüchtlingskonvention verbindlich eingehalten wird und jegliche geplanten

- 214 Änderungen im Asylrecht daraufhin geprüft werden, ob sie sich im Rahmen  
215 der Flüchtlingskonvention bewegen;
- 216 3. den Stopp von Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan sowie in andere  
217 Länder, in denen Bürgerkrieg oder diktatorische, menschenverachtende  
218 Machthaber herrschen: Wir lehnen die Zusammenarbeit mit Terroristen und  
219 Diktatoren, auch wenn sie zur Rückführungsorganisation von  
220 Straftäter\*innen erfolgt, entschieden ab und fordern das  
221 Bundesinnenministerium, das sächsische Ministerium für Inneres und die  
222 sächsische Landesdirektion auf, die Genfer Flüchtlingskonvention und die  
223 Europäische Menschenrechtskonvention einzuhalten und Abschiebungen, bei  
224 denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht, zu unterlassen;
- 225 4. die Abschaffung von Abschiebehaft: Es ist unverhältnismäßig, einem  
226 Menschen das Grundrecht auf Freiheit zu entziehen, um den Verwaltungsakt  
227 Abschiebung einfacher durchführen zu können;
- 228 5. das Verhindern von Diskriminierung und Behördenüberlastung durch eine  
229 bundesweite Bezahlkarte mit restriktiver Bargeld- und  
230 Überweisungsbegrenzung: Das Vorantreiben des Projekts „Bezahlkarte mit  
231 Bargeldbegrenzung“ trotz fehlender Evidenz für Anlass oder Wirksamkeit der  
232 Bargeldeinschränkung und trotz der Rückmeldungen aus den Kommunen, die  
233 durch die Umsetzung der Bezahlkarte überfordert werden, ist sinnlose  
234 Symbolpolitik auf dem Rücken der Betroffenen und der Behörden. Wir lehnen  
235 diskriminierende Bezahlkartenmodelle entschieden ab;
- 236 6. den Aufbau von stabilen und flexiblen Strukturen zur Integration und  
237 Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Finanzierung von gelungenen  
238 Integrationsaufgaben.
- 239 Integration ist eine kontinuierliche Gemeinschaftsaufgabe.
- 240 Es wird immer wieder Phasen geben, in denen mehr Menschen nach Deutschland  
241 kommen, und Zeiten, in denen es weniger sind. Die Strukturen eines  
242 Einwanderungslandes müssen auf diese Veränderungen vorbereitet sein. Die  
243 Schaffung von ausreichend Plätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder  
244 und dauerhaftem Wohnraum in den Kommunen ist dafür eine wesentliche Grundlage.  
245 Ebenso wichtig sind Sprachkurse für alle sowie der gesicherte Zugang zu KiTa,  
246 Schule und Ausbildung. Dieser muss durch ausreichend Mittel und Personal  
247 gewährleistet werden. Hierbei wird in Ländern und Kommunen bundespolitische  
248 Unterstützung benötigt.
- 249 7. Die Eröffnung von stabilen Bleibeperspektiven;
- 250 Mit Spurwechsel und Einwanderungsgesetz wurden bundespolitisch Schritte in die  
251 richtige Richtung unternommen, um Integration zu ermöglichen und integrierten  
252 Personen eine stabile Perspektive zu bieten, Wir schlagen darüber hinaus vor,  
253 Arbeitsverbote vollständig abzuschaffen und rechtlich festzulegen, dass alle  
254 Menschen, die in Deutschland eine Ausbildung machen, studieren oder arbeiten  
255 dauerhaft bleiben dürfen.
- 256 Als sächsische BÜNDNISGRÜNE sprechen wir uns für Vernunft, Pragmatismus und  
257 Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen aus. Eine

258 funktionierende und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ist eine wichtige  
259 Säule eines stabilen, solidarischen und damit sicheren Miteinanders aller  
260 Menschen.

## Begründung

Statt die Chancen und Potenziale für eine zukunftsorientierte Migrationspolitik zu nutzen, dominieren in der öffentlichen Debatte Ressentiments und Ängste, die Abschottung und Ausgrenzung als vermeintliche Lösungen darstellen. Diese Haltung führt nicht nur zu einer Einschränkung der Grundrechte von Migrant\*innen, sondern gefährdet auch die Werte unserer demokratischen Gesellschaft.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen wir es als unsere Verantwortung, eine klare und menschenrechtsorientierte Position einzunehmen. Wir setzen uns für eine Migrationspolitik ein, die Integration ermöglicht und rassistischen sowie populistischen Strömungen entschieden entgegentritt.

Mit diesem Antrag fordern wir umfassende strukturelle Verbesserungen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Unser Ziel ist es, durch eine sachliche, pragmatische und menschenrechtsbasierte Ausrichtung der Migrationspolitik die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Sachsen zu fördern und unser demokratisches sowie rechtsstaatliches Miteinander zu stärken.